

Albanien

Tobias Flessenkemper

Seit dem 27. Juni 2014 ist Albanien EU-Beitrittskandidat. 2006 wurde das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) unterzeichnet. Seit 2007 steht Albanien das Instrument für Heranführungshilfe zur Verfügung. Der Mitgliedschaftsantrag wurde im April 2009 gestellt. Im Juli 2009 wurde Albanien zusammen mit Kroatien Mitglied der NATO und begann mit der Teilnahme an GSVP-Missionen.¹ 2010 schaffte die EU die Visapflicht ab.² 2011 geriet die Dynamik der EU-Annäherung ins Stocken, als der Kampf der Sozialistischen und der Demokratischen Partei um die Herrschaft das Land in eine Krise stürzte.

Politischer Antagonismus

Der Antagonismus zwischen den beiden Parteien geht über den politischen Wettbewerb hinaus und betrifft Staat und Wirtschaft. Regierungswechsel sind mit der Neubesetzung fast aller öffentlichen Posten und der Neuverteilung von Aufträgen verbunden. Anfang 2011 kulminierten die Spannungen, nachdem die Sozialistische Partei die Legitimität der Wahlen von 2009 in Frage stellte und die Parlamentsarbeit boykottierte. Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die auf das Land durchschlug, verstärkte die politischen Probleme. Der Nachfrage- und Investitionseinbruch wurde verschärft durch aus den Euro-Krisenländern Griechenland und Italien zurückkehrende Arbeitsmigranten, deren Überweisungen zudem versiegt.³ Die soziale und wirtschaftliche Krise und lauter werdende Korruptionsvorwürfe gegen die Regierung von Sali Berisha befeuerten gewalttätige Auseinandersetzungen und verhärteten den Konflikt. Angesichts der kritischen Lage, begannen die EU und die europäischen Parteienbündnisse EVP und S&D, deren Mitglieder die Kontrahenten jeweils sind, aktiv zu vermitteln. Im November 2011 gelang es die akute Krise zu beenden und weitere Reformen zu vereinbaren. Im Oktober 2012 stimmte die Kommission dem Beitrittsgesuch unter der Bedingung zu, dass Reformen der Justiz, der Verwaltung und der Parlamentsgeschäftsordnung, insbesondere Immunitätsregeln für Abgeordnete zur Korruptionsbekämpfung, umgesetzt werden.

Von den Parlamentswahlen zum Kandidatenstatus

Am 23. Juni 2013 verlor die Demokratische Partei die Wahlen und der Oppositionsführer Edi Rama wurde Ministerpräsident. Mit dem 1964 geborenen Rama wurde auch ein Generationswechsel vollzogen. Der EU-Fortschrittsbericht vom Oktober 2013 bewertete die Wahlen zudem als ordnungsgemäß. Der offene Konflikt schien wieder in institutionelle Bahnen gelenkt worden zu sein. Die neue Regierung machte den EU-Kandidatenstatus zu ihrer Priorität. Auf Initiative der Kommission fand in Tirana am 12. November 2013 der erste „Hochrangige Dialog“ zur EU-Integration statt. „Hochrangige Dialoge“ gibt es auch mit anderen Ländern der Region. Die Kommission hofft mit ihnen die Reformen in über-

1 Im Juni 2012 vereinbarten die EU und Albanien ein Rahmenabkommen für die Teilnahme an GSVP-Operationen. Schon zuvor nahm Albanien an Missionen, z.B. in Bosnien und Herzegowina (EUFOR Althea), teil.

2 Es gilt weiterhin Visapflicht für das Vereinigte Königreich und Irland.

3 Vgl. Dusan Reljic: EU-Erweiterungspolitik im Westbalkan: Missliche Zeiten für schwierige Kandidaten, in: Ronja Kempin/Marco Overhaus (Hrsg.): EU-Außenpolitik in Zeiten der Finanz- und Schuldenkrise, Berlin 2012, S. 11-19, hier S. 12-13.

schaubarere und schneller erreichbare Schritte zu gliedern und stärker ihre Richtung vorzugeben. Mit Albanien vereinbarte Kommissar Stefan Füle u.a. umfassende Reformen der Verwaltung und Justiz und effektivere Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und Korruption. Die Kommission drängte auf die Beteiligung aller politischen Parteien, um den EU-Integrationsprozess außerhalb des Lagerkampfs zu stellen. Das Parlament war durch die Vorsitzende des EU-Integrations-Ausschusses, Majlinda Bregu, von der oppositionellen Demokratischen Partei beteiligt. Zudem wurde eine zivilgesellschaftliche Plattform des Nationalen Dialogs zur EU-Integration beschlossen.

Im November 2013 mobilisierte die Umweltbewegung und Zivilgesellschaft breite Proteste gegen den Plan der noch neuen Regierung der Forderung der USA nachzukommen, als Standort für die Vernichtung syrischer Chemiewaffen zu dienen. Die Mobilisierung war nicht frei von parteipolitischer Aktivierung durch die Demokratische Partei, allerdings war vor dem Hintergrund zahlreicher Umwelt- und Müllimportskandale die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung nicht bereit, ihr Land zur „Müllkippe Europas“ verkommen zu lassen. Eine parteipolitische Instrumentalisierung war so nicht möglich. Rama hatte keinen Spielraum, er musste den Plan ablehnen, um sein politisches Überleben zu sichern.⁴

Nachdem der Rat im Dezember 2013 die Entscheidung zum Kandidatenstatus auf Juni 2014 vertagt hatte, wurde der „Hochrangige Dialog“ am 6. März und 4. Juni 2014 fortgesetzt. Die Kommission legte im Juni einen positiven Bericht zur Justizreform, Verbrechens- und Korruptionsbekämpfung vor.⁵ Wenige Tage vor der entscheidenden Ratssitzung führte die Polizei einen spektakulären Einsatz im südalbanischen Dorf Lazarat durch, zerstörte den Marihuana-Anbau und nahm zahlreiche Bewohner fest. Ziel war die einheimische und europäische Öffentlichkeit – vor allem die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten – von der Entschlusskraft der sozialistischen Regierung im Kampf gegen das Verbrechen zu überzeugen, abgesehen davon ist der Ort eine Hochburg der oppositionellen Demokratischen Partei.⁶ Am 27. Juni 2014 erklärte der Europäische Rat Albanien zum Mitgliedschaftskandidaten.

Fazit

Der Kandidatenstatus wurde erreicht, weil es gelang den politischen Antagonismus zeitweise einzuhegen. Hierbei spielte auch das professionelle Auftreten Ramas eine Rolle, durch das er international ein glaubwürdiges Profil als Umsetzer von Reformen gewann. Die Kommission bot mit dem „Hochrangigen Dialog“ eine für beide Lager akzeptable Plattform für einen Reformkonsens. Zudem erzeugte der Kandidatenstatus Serbiens einen positiven regionalen Wettbewerbsdruck.

Albaniens innenpolitische Lage erscheint gefestigter und die sozialistische Regierung hat durch den Fortschritt der EU-Integration einen Prestigegewinn erzielt. Der politische Antagonismus kann jedoch jederzeit wieder ausbrechen, denn die EU-Forderungen der Kriminalitäts- und Korruptionsbekämpfung können zu einem Instrument der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner werden. Die inklusive Begleitung der Reformen im „Hochrangigen Dialog“ ab September 2014 und die zivilgesellschaftliche Verankerung bleiben daher unabdingbar für die weitere EU-Integration.

Weiterführende Literatur

Oliver Schmitt: *Die Albaner: Eine Geschichte zwischen Orient und Okzident*, München 2012.

4 Vgl. Neue Zürcher Zeitung: Ein giftiges Angebot für Albanien, 15. November 2013.

5 European Commission: Report on Albania's Progress in the Fight Against Corruption and Organised Crime and in the Judicial Reform, COM(2014) 331final, Brüssel, den 4. Juni 2014.

6 Vgl. Der Standard: Ein Marihuana-Dorf gegen den albanischen Staat, 22. Juni 2014.